



An die Mitglieder  
der Bundestagsfraktionen  
von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP  
aus Thüringen

Zum Hospitalgraben 8  
99425 Weimar Internet:  
[www.kvt.de](http://www.kvt.de)

Sachbearbeiter(-in):

Tel.: 03643 559- 183

Fax: 03643 559-191

E-Mail: [vorstand@kvt.de](mailto:vorstand@kvt.de)  
[vertreterversammlung@kvt.de](mailto:vertreterversammlung@kvt.de)

unser Zeichen:

Datum: 06.07.2022

## Offener Brief

### Patienteninteressen gehen den (Lauter-)Bach runter

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts des von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgelegten Referentenentwurfes für ein GKV-Finanzstabilisierungsgesetz fordern wir Sie auf, gegen einen darin enthaltenen Verstoß gegen den Koalitionsvertrag einzutreten. Insbesondere widerspricht es dem Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger, wenn erst kürzlich eingeführte Verbesserungen beim Arztzugang für gesetzlich krankenversicherte Personen durch die Regierungskoalition wieder rückgängig gemacht werden.

Die geplante Wiedereinführung von Budgets für Neupatienten wird im Verantwortungsbereich der KV Thüringen zu schwerwiegenden Versorgungsproblemen führen. Budgetvorgaben sind immer ein Instrument der Leistungsbegrenzung, deshalb erschien die im Koalitionsvertrag verankerte Stärkung der hausärztlichen Versorgung als Signal einer bürgerfreundlichen Politik. Mit der Entbudgetierung der Behandlung von Patientinnen und Patienten, die erstmals oder erstmals seit mehr als zwei Jahren in einer Praxis behandelt werden, war in Thüringen eine spürbare Erhöhung der Kapazitäten in der ambulanten fachärztlichen Versorgung verbunden. Für die Thüringer Vertragsärzte stellt das neue Gesetzesvorhaben eine reale Kürzung ihres Honorars in Aussicht. Angesichts der aktuellen Kostenentwicklung in den Praxen bei bekanntermaßen unzureichendem Budget ist eine stringente Leistungsreduzierung wirtschaftlich die einzige sinnvolle Reaktion der Anbieter auf diese Sparmaßnahme. Um in Behandlung befindliche Patienten medizinisch bedarfsgerecht versorgen zu können, wird die Annahme von Neupatienten in den Praxen und Medizinischen Versorgungszentren gebremst werden müssen. **Es ist voraussehbar, dass die Terminservicestellen ihren Auftrag vor diesem Hintergrund nicht mehr erfüllen können.** Dies ist kein Drohszenario, sondern eine realistische Prognose von erfahrenen Fachleuten. Die Auswirkungen wird die Bevölkerung vor der nächsten Bundestagswahl zu spüren bekommen.

Deutsche Apotheker- und  
Ärztebank e. G.  
BIC DAAEDEDX IBAN  
DE75 3006 0601 0003

0926 23  
IK 205000023

Commerzbank AG  
BIC COBADEFF820  
IBAN DE70 8204 0000 0452  
0300 00  
.K 205000034



Im Jahr 2018 hatte Prof. Lauterbach als gesundheitspolitischer Verhandlungsführer der SPD in der großen Koalition das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) noch als großen Erfolg verkauft. Die Zwei-Klassen-Versorgung von GKV- und PKV-Patienten bei Facharztterminen werde endlich abgebaut, begrüßte er damals die Förderung der zusätzlichen Behandlung von Neupatienten. Derzeit läuft noch die Nachbereinigung der Gesamtvergütung um die vor Beginn der Maßnahme behandelte Zahl an Neupatienten. Bevor die Effekte des TSVG voll zur Wirkung gelangen, will Ihr Gesundheitsminister nun den gesetzlich Versicherten den verbesserten Zugang zur fachärztlichen Versorgung wieder entziehen.

Bitte stoppen Sie diese Fehlentscheidung!

Mit freundlichen Grüßen

Kassenärztliche Vereinigung Thüringen Vorstand und Vertreterversammlung

## **Erläuterung zum Offenen Brief der KV Thüringen an den Bundestag**

Mit Datum vom 06.07.2022 hat die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen, wie auch alle anderen Kassenärztlichen Vereinigungen der BRD, einen offenen Brief an den Bundestag gerichtet.

### **Der Hintergrund:**

Bis zur Einführung der Termin-Service-Stellen waren Leistungen für Neupatienten budgetiert, das heißt, es durften pro Quartal nur eine vorher festgelegte Anzahl Neupatienten behandelt werden. Darüber hinaus gehende Behandlungen wurden schlichtweg gestrichen. Diese Budgetierung fiel mit der Einführung der Termin-Service-Stellen weg. Dadurch wurde der Zugang zu Haus- und auch Fachärzten (über die Servicenummer 116 117) für viele einfacher.

Maßgeblich beteiligt war damals der jetzige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach.

### **Das Problem:**

Das, was die SPD vor der Wahl forciert hat und was im Koalitionsvertrag verankert ist, soll nun nach dem Willen unseres Gesundheitsministers wieder abgeschafft werden.

### **Die Folgen:**

Es wird wieder eine Begrenzung für Neupatienten geben. Konkret heißt das z. B. für eine Praxis mit 1.000 Patienten, dass pro Quartal nur 30 neue Patienten dazu kommen dürfen. Mehr Patienten werden nicht bezahlt, und für mehr Patienten gibt es auch kein Budget für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel! Das zusätzlich Böartige daran ist, dass jeder Patient, der zwei Jahre nicht in der Praxis war, als Neupatient gilt.